

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kinder und Jugendliche vor Rechtsextremismus schützen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Berlin vor rechtsextremen und demokratiefeindlichen Einflussnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Das Maßnahmenpaket soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Schule als Schutzraum sichern

Der Senat soll sicherstellen, dass Schulen nicht für parteipolitische Einflussnahme durch rechtsextreme Parteien wie die AfD, der „Dritte Weg“ und weitere genutzt werden. Er hat zu unterbinden, dass Kinder und Jugendliche an Schulen durch Veranstaltungen und direkte Ansprachen durch Vertreter*innen rechtsextremer Parteien oder vor Schulen beispielsweise mit Werbematerial konfrontiert werden.

2. Verpflichtende Verankerung von Demokratiebildung in allen pädagogischen Ausbildungen

Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass in der Berliner Lehramtsaus- und weiterbildung sowie den Aus- und Weiterbildungen von Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen verbindliche und regelfinanzierte Ausbildungs- und Fortbildungsangebote zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus fest verankert werden. Insbesondere das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) hat qualitätsgesicherte Angebote für alle Berufsgruppen zu entwickeln und bereitzustellen. Ziel ist es, dass alle (angehenden) Lehrkräfte, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen in allen Phasen von Studium, Aus- und Weiterbildung

Handlungskompetenzen erwerben, um in der Praxis souverän und sicher gegen demokratiefeindliche Tendenzen auftreten zu können.

3. Handlungsleitfaden gegen Rechtsextremismus an Schulen

Der Senat wird aufgefordert, einen Handlungsleitfaden für Schulen zu erarbeiten, der konkrete Vorgehensweisen zum Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen, Äußerungen und Handlungen durch Schüler*innen, Eltern oder Schulpersonal enthält. Außerdem hat das BLiQ ein Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebot für das gesamte pädagogische Personal sowie Beschäftigte in den Schulaufsichten und SIBUZen bereitzustellen. Die Ausführungsvorschrift „Gewalt, Notfälle und Krisen“ ist entsprechend zu ergänzen.

4. Monitoring von Rechtsextremismus an Schulen

Der Senat wird aufgefordert, eine niedrigschwellige und wirksame Erfassung für rechtsextremistische Vorfälle im schulischen Umfeld einzuführen. Darüber hinaus ist ein kontinuierliches Monitoring sowie eine regelmäßige Auswertung rechtsextremistischer Vorkommnisse an Berliner Schulen vorzunehmen. Auf dieser Grundlage sollen in Zusammenarbeit von Schulaufsicht, SIBUZen, Schulen und Fachcommunity Vernetzungs- und Unterstützungsangebote für betroffene Schulen bedarfsgerecht entwickelt und umgesetzt werden.

5. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken

Der Senat soll sicherstellen, dass auch für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen umfassende Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für das vor Ort tätige Personal entwickelt und umgesetzt werden. Darüber hinaus ist ein Handlungsleitfaden bereitzustellen, der klarstellt, an wen sich sowohl Kinder und Jugendliche als auch Fachkräfte bei rechtsextremistischen Vorkommnissen wenden können. Politische Bildung ist als Auftrag der Jugendarbeit zu stärken. Alle Einrichtungen der Jugendarbeit sollen dabei unterstützt werden, Konzepte der politischen Bildung zu entwickeln. Schließlich soll das Monitoring und die Auswertung rechtsextremistischer Vorkommnisse, das für Schulen etabliert wird, auf Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ausgeweitet werden.

6. Unterstützungsangebote und Distanzierungsarbeit für Kinder und Jugendliche mit rechtsextremer Orientierung

Der Senat wird aufgefordert, die sozialpädagogischen Angebote und Distanzierungsarbeit für Kinder und Jugendliche mit rechtsextremer Orientierung auszuweiten. Zusätzlich sollen Aufklärungs- und Unterstützungsangebote für Eltern bereitgestellt werden, um diese in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen ihrer Kinder zu stärken. Darüber hinaus ist eine interdisziplinäre Unterstützung durch die enge Zusammenarbeit von Schulen, Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, psychosozialen Diensten und weiteren relevanten Fachstellen zu gewährleisten.

7. Digitale Angebote und sicherheitspolitische Maßnahmen

Der Senat wird aufgefordert, digitale Aufklärungs- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern auszubauen, die über rechtsextremistische Propaganda im Internet informieren und Wege zum Schutz aufzeigen. Gleichzeitig sollen die polizeilichen Schwerpunkte bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Vereinigungen und Aktivitäten im Internet ausgeweitet werden.

8. Sicherheitsgipfel „Rechtsextremismus im Jugendalter“

Darüber hinaus soll der Senat einen Sicherheitsgipfel zu Rechtsextremismus bei Kindern und Jugendlichen einberufen, an dem Fachverwaltungen, Polizei, Schulen, Jugendämter sowie zivilgesellschaftliche Träger beteiligt werden, um Strategien der Prävention und Intervention weiterzuentwickeln.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. Juni 2026 zu berichten.

Begründung

Pädagogisches Personal, Schüler*innen und Eltern dürfen im Kampf gegen Rechtsextremismus in Berlin nicht länger allein gelassen werden. Dabei muss klar sein: Der Beutelsbacher Konsens und das Neutralitätsgebot verpflichten nicht zur falschen Gleichbehandlung demokratiefeindlicher Positionen, sondern zur Orientierung an den Grundwerten der Verfassung und zur aktiven Zurückweisung menschenfeindlicher, rechtsextremer Ideologien.

Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen brauchen klare Regeln, verlässliche Schutzmechanismen und wirksame Unterstützung. Schulen müssen als Schutzräume gestärkt und die Einflussnahme rechtsextremistischer Parteien konsequent verhindert werden. Dafür sind ein Handlungsleitfaden, regelmäßige Fortbildungsangebote, ein funktionierendes Beschwerde- und Meldesystem sowie ein kontinuierliches Monitoring seitens des Senats unerlässlich. Gleiches gilt für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, die ebenfalls zu Orten werden müssen, an denen rechtsextreme Einflussnahme keinen Platz hat.

Bereits in der Lehramtsausbildung muss die Grundlage für Handlungssicherheit gelegt werden. Verbindliche Ausbildungsbestandteile zu den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus schaffen die Voraussetzung, dass zukünftige Lehrkräfte demokratische Grundwerte im schulischen Alltag wirksam verteidigen und Schüler*innen in einer vielfältigen Stadtgesellschaft stärken können.

Besonders alarmierend ist, dass Rechtsextreme immer jünger werden. Kinder und Jugendliche radikalisieren sich zunehmend, vernetzen sich im digitalen Raum und werden gewaltbereiter. Rechtsextreme Kinder und Jugendliche von heute werden schon bald volljährig sein und stellen schon jetzt eine reale Gefahr in Berlin dar. Der Senat darf diese Generation nicht aufgeben. Es braucht gezielte Distanzierungs- und Unterstützungsangebote, verstärkte Jugendsozialarbeit, Aufklärung und Hilfen für Eltern sowie eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, psychosozialen Diensten und weiteren Fachstellen.

Da rechtsextreme Radikalisierung zunehmend im digitalen Raum stattfindet, muss Berlin digitale Aufklärungs- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern ausbauen. Gleichzeitig sind die polizeilichen Schwerpunkte bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Netzwerke im Internet zu verstärken. Darüber hinaus braucht es einen Sicherheitsgipfel gegen rechtsextremistische Kinder und Jugendliche, bei dem Politik, Verwaltung, Polizei, Schulen, Jugendämter und Zivilgesellschaft gemeinsam Strategien für Prävention und Intervention entwickeln.

Die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz macht deutlich: Die AfD stellt eine konkrete Gefahr für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere für Kinder und Jugendliche dar. Der Rechtsruck in Deutschland ist längst auch in Berlin spürbar. Rechtsextremistische Straftaten

verharren hier auf einem Höchststand, rechtsextremistische Gewalttaten nehmen zu. Das muss ein Weckruf an den Senat sein. Kinder und Jugendliche unterliegen dabei in besonderer Weise der staatlichen Schutz- und Fürsorgepflicht.

Berlin hat ein Rechtsextremismusproblem und muss jetzt handeln – mit klaren Schutzmechanismen in Schulen und Freizeiteinrichtungen, mit konsequentem Vorgehen gegen rechtsextremistische Vorfälle, mit gezielten Angeboten für gefährdete Kinder und Jugendliche und mit einem intensivierten Vorgehen im digitalen Raum. Nur so können Berliner Kinder und Jugendliche wirksam geschützt werden und frei von Hass und Hetze aufwachsen – als Generation, die Vielfalt lebt und unsere Demokratie nachhaltig sichert.

Berlin, den 3. März 2026

Jarasch Graf Mirzaie Krüger Schedlich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen